11.09.2014, Frankfurter Allgemeine Zeitung

„600 Millionen Euro für sozialen Wohnungsbau nötig“

Gemeinsamer Appell von Wohnungswirtschaft und Mieterbund an die Landesregierung

ler. WIESBADEN. Ein Bündnis von Verbänden der Wohnungs- und der Bauwirtschaft, des Mieterbundes sowie von Architekten und Ingenieuren hat von der Landesregierung die Verzehnfachung der Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau und eine deutliche Anhebung der Einkommensgrenzen gefordert. Im vergangenen Jahr seien in Hessen rund 3500 Wohnungen aus der Sozialbindung herausgefallen, aber nur 350 Neubauten gefördert worden, beklagte Rudolf Ridinger, Sprecher der Initiative „Impulse für den Wohnungsbau“ und Vorsitzender des Verbandes der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft, gestern in Wiesbaden. Allein um die Zahl der Sozialwohnungen auf dem heutigen Niveau zu halten, müsse Hessen statt wie jetzt 60 Millionen Euro mindestens 600 Millionen Euro im Jahr bereitstellen.

Im Bündnis „Impulse für den Wohnungsbau“ haben sich 14 Verbände zusammengeschlossen, um für ein stärkeres Engagement des Staats im Wohnungsbau zu werben. „Bezahlbarer Wohnraum“ werde immer knapper, argumentiert Ridinger; gleichzeitig steige der Bedarf. Selbst Haushalte mit mittleren Einkommen könnten sich Mietwohnungen in den Großstädten im Rhein-Main-Gebiet oft nicht mehr leisten. Der Markt allein könne nicht für Abhilfe sorgen. Ridinger sieht aber eine große Diskrepanz zwischen den „Lippenbekenntnissen“ der schwarz-grünen Regierungskoalition zur Notwendigkeit von mehr bezahlbarem Wohnraum und der Bereitschaft, das Nötige dafür zu tun.

Die Einkommenshöchstgrenzen für den Bezug einer Sozialwohnung – in Hessen für einen Einpersonenhaushalt derzeit 15 300 Euro jährlich – müssten um mindestens 20 Prozent erhöht werden, forderte Wolfgang Hessenauer, Landesvorsitzender des Mieterbunds. In anderen Bundesländern lägen sie schon bei deutlich mehr als 17 000 Euro. Scharfe Kritik übt die Initiative an der geplanten Novellierung des Wohnraumförderungsgesetzes in Hessen. Wenn die schwarz-grüne Koalition einerseits den Kreis der Anspruchsberechtigten für Sozialwohnungen vergrößern wolle, andererseits aber nicht mehr Geld aufwenden wolle, müsse das schiefgehen, sagte Andreas Ostermann, stellvertretender Vorsitzender des Bundes Deutscher Baumeister in Hessen.

Die Beantwortung der Frage, wo die geforderten 600 Millionen Euro im Jahr herkommen sollen, wenn das Land qua Verfassung doch bis spätestens 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen muss, überlässt Ridinger der Politik. Allerdings weist er darauf hin, dass allein die zum 1. August in Kraft getretene Erhöhung der Grunderwerbsteuer von fünf auf sechs Prozent jährlich 155 Millionen Euro an zusätzlichen Einnahmen für das Land bedeute. Zumindest diese Summe sollte seiner Ansicht nach zweckgebunden für den Bau von Sozialwohnungen verwendet werden.

Die Regierungskoalition aus CDU und Grünen hatte mehrfach angekündigt, die Schwerpunkte im Wohnraumförderungsgesetz zugunsten des sozialen Wohnungsbaus zu verschieben. Die Unterstützung von Wohneigentum werde künftig eine geringere Rolle spielen, kündigt die für Wohnungsbau zuständige Umweltministerin Priska Hinz (Die Grünen) an. Von den für die Jahre 2015 bis 2017 zur Verfügung stehenden Fördermitteln des Landes von rund 300 Millionen Euro werde eine Hälfte für Studentenwohnheime und Mietquartiere, die andere für Eigentumswohnungen aufgewendet; bisher sei das Verhältnis zwei zu eins zugunsten der Eigenheimförderung. Zudem soll mit der Gesetzesnovelle größeren Städten die Möglichkeit eingeräumt werden, von den bestehenden Einkommensgrenzen abzuweichen.

14_09_11 600 Millionen Euro für sozialen Wohnungsbau nötig (IW-Hessen)_FAZ.doc